

Nr. 4/2024

Amtliche Bekanntmachungen

**Ordnung zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis und
zum Umgang mit wissenschaftlichem Fehlverhalten**
Hochschule Magdeburg-Stendal

Herausgeber:

Hochschule Magdeburg-Stendal
Die Rektorin
Die Kanzlerin

Redaktion:

Servicebereich für Studium und Internationales
- Akademische Angelegenheiten

ausgegeben am:

10. Januar 2024

redaktionell bearbeitet am:

30. Januar 2024
Korrektur § 28 (1) Reihenfolge lit.
Ergänzung durch die englischsprachige Übersetzung

ausgegeben am:

30. Januar 2024

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Ordnung der Hochschule Magdeburg-Stendal zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis und zum Umgang mit wissenschaftlichem Fehlverhalten vom 15.12.2023	5
Regulations of Magdeburg-Stendal University of Applied Sciences for ensuring good scientific practice and specifying steps for addressing academic misconduct dated 15.12.2023 (englische Übersetzung)	24

Ordnung der Hochschule Magdeburg-Stendal zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis und zum Umgang mit wissenschaftlichem Fehlverhalten vom 15.12.2023

Auf der Grundlage der §§ 54, 55 Absatz 3 und 67a Absatz 1 des Hochschulgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (HSG LSA) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Dezember 2010 (GVBl. LSA S. 600 ff.), zuletzt geändert am 10. Januar 2021 (GVBl. LSA S. 10), in Verbindung mit den Empfehlungen der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) vom 14.05.2013 und dem Positionspapier „Empfehlungen zu wissenschaftlicher Integrität“ des Wissenschaftsrats vom 24. April 2015 (Drs. 4609-15) sowie dem Kodex „Leitlinien zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis der Deutschen Forschungsgemeinschaft vom 3. Juli 2019, hat die Hochschule Magdeburg-Stendal folgende Ordnung erlassen:

Inhaltsverzeichnis

Präambel	7
Abschnitt I Prinzipien guter wissenschaftlicher Praxis	7
§ 1 Reichweite dieser Satzung	7
§ 2 Einzelne Prinzipien guter wissenschaftlicher Praxis	7
§ 3 Berufsethos der wissenschaftlich Tätigen	7
§ 4 Organisationsverantwortung der Hochschulleitung	8
§ 5 Verantwortung der Leiterinnen und Leiter von Arbeitseinheiten	9
§ 6 Bewertung wissenschaftlicher Leistung	9
§ 7 Phasenübergreifende Qualitätssicherung	10
§ 8 Beteiligte Akteure, Verantwortlichkeiten, Rollen	10
§ 9 Forschungsdesign	10
§ 10 Rechtliche und ethische Rahmenbedingungen der Forschung	10
§ 11 Nutzungsrechte	11
§ 12 Methoden und Standards	11
§ 13 Dokumentation	11
§ 14 Archivierung	12
§ 15 Herstellung von öffentlichem Zugang zu Forschungsergebnissen	12
§ 16 Autor:inschaft	13
§ 17 Publikationsorgane	13
§ 18 Vertraulichkeit und Neutralität bei Begutachtungen und Beratungen	13
Abschnitt II Ombudswesen	14
§ 19 Ombudspersonen	14
§ 20 Ombudstätigkeit	15
Abschnitt III Verfahren im Umgang mit wissenschaftlichem Fehlverhalten	15
§ 21 Allgemeine Prinzipien für den Umgang mit Verdachtsfällen wissenschaftlichen Fehlverhaltens	15
§ 22 Tatbestände wissenschaftlichen Fehlverhaltens	17

§ 23 Einleitung einer Untersuchung.....	18
§ 24 Vorprüfung	19
§ 25 Untersuchungskommission.....	20
§ 26 Gang der förmlichen Untersuchung	21
§ 27 Abschluss des Verfahrens	21
§ 28 Mögliche Sanktionen und Maßnahmen	22
§ 29 Übergangsvorschriften/Anwendung bei Verlassen der Hochschule.....	23
Abschnitt IV Inkrafttreten dieser Satzung; Verkündung; Außerkrafttreten einer vorherigen gwP-Satzung oder -Ordnung.....	23
§ 30 Inkrafttreten.....	23

Präambel

Die vorliegende Ordnung dient der Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis und regelt den Umgang mit wissenschaftlichem Fehlverhalten. Die Regelungen sind für die an der Hochschule Magdeburg-Stendal im Bereich der Forschung tätigen Professoren und Professorinnen, wissenschaftlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, Promovierende, Lehrkräfte für besondere Aufgaben, Lehrbeauftragten, Gastforschende sowie für Studierende verbindlich, ebenso für externe Promovierende und Betreuende.

Die nachfolgenden Regelungen setzen den Kodex „Leitlinien zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis“ der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) in der Fassung vom August 2019 um.

Abschnitt I Prinzipien guter wissenschaftlicher Praxis

§ 1 Reichweite dieser Satzung

- (1) Die einzuhaltenden Prinzipien guter wissenschaftlicher Praxis nach dieser Satzung werden den an der Hochschule Magdeburg-Stendal Tätigen auf der Internetpräsenz der Hochschule bekanntgegeben. Auf das Inkrafttreten dieser Satzung werden zusätzlich alle arbeitsrechtlich angestellten oder verbeamteten wissenschaftlich Tätigen durch E-Mail aufmerksam gemacht.
- (2) Alle an der Hochschule Magdeburg-Stendal wissenschaftlich Tätigen sind verpflichtet und dafür verantwortlich, in ihrem Verhalten die Regeln guter wissenschaftlicher Praxis einzuhalten. Die Regelungen sind somit für die an der Hochschule tätigen Professoren und Professorinnen, wissenschaftlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, Promovierende, Lehrkräfte für besondere Aufgaben, Lehrbeauftragten, Gastforschende sowie für Studierende verbindlich, ebenso für externe Promovierende und Betreuende.
- (3) Arbeits- und dienstrechtliche Rechte und Pflichten werden durch diese Satzung nicht berührt.

§ 2 Einzelne Prinzipien guter wissenschaftlicher Praxis

Zu den Prinzipien guter wissenschaftlicher Praxis gehört es insbesondere,

1. lege artis zu arbeiten,
2. strikte Ehrlichkeit im Hinblick auf die eigenen und die Beiträge Dritter zu wahren,
3. alle Ergebnisse konsequent selbst anzuzweifeln und
4. einen kritischen Diskurs in der wissenschaftlichen Gemeinschaft zuzulassen und zu fördern.

§ 3 Berufsethos der wissenschaftlich Tätigen

- (1) Die Vermittlung der Grundlagen guten wissenschaftlichen Arbeitens beginnt zu einem frühestmöglichen Zeitpunkt in der wissenschaftlichen Ausbildung (einschließlich Lehre) und Laufbahn.
- (2) Wissenschaftlich Tätige stehen für die grundlegenden Werte wissenschaftlichen Arbeitens ein.

- (3) Unter Einbeziehung aller Karriereebenen durchlaufen die wissenschaftlich Tätigen einen stetigen Prozess des Lernens und der Weiterbildung im Hinblick auf die gute wissenschaftliche Praxis. Sie tauschen sich dazu aus und unterstützen einander.

§ 4 Organisationsverantwortung der Hochschulleitung

- (1) Der Hochschulleitung kommen die Zuständigkeit und die Organisationsverantwortung für die Einhaltung der guten wissenschaftlichen Praxis an der Hochschule zu.
- (2) Die Hochschulleitung schafft die Rahmenbedingungen für regelkonformes wissenschaftliches Arbeiten an der Hochschule, indem sie eine insoweit zweckmäßige institutionelle Organisationsstruktur etabliert. Auf diese Weise schafft die Hochschulleitung die Voraussetzungen dafür, dass wissenschaftlich Tätige rechtliche und ethische Standards einhalten können.
- (3) An der Hochschule sind durch folgende Maßnahmen klare Verfahren und Grundsätze für die Personalauswahl und -entwicklung unter weitgehender Vermeidung nicht-wissenschaftlicher Einflüsse („unconscious bias“) schriftlich festgelegt, wobei Chancengleichheit und Diversität/Vielfältigkeit besondere Bedeutung zukommt:
- Grundordnung der Hochschule Magdeburg-Stendal
 - Gender Equality Plan
 - Gleichstellungskonzept der Hochschule Magdeburg-Stendal
 - Ordnung zum Diskriminierungsschutz
 - Frauenförderplan 2022-2023
- (4) Für die Förderung von Forscherinnen und Forschern in frühen Karrierephasen sind folgende Betreuungsstrukturen und -konzepte etabliert:
- Die Fachbereiche sowie die Senatskommission für Studium und Lehre haben sicherzustellen, dass die Regeln guter wissenschaftlicher Praxis gemäß § 2 fester Bestandteil der Ausbildung sind und, insbesondere im Hinblick auf die Anfertigung von Studienabschlussarbeiten, vertieft vermittelt werden.
 - Die Lehrenden sind zu einer angemessenen Betreuung der Studierenden und des ihnen zugeordneten wissenschaftlichen Nachwuchses verpflichtet. Dazu gehören u.a. das regelmäßige Durchführen von Besprechungen, die Begleitung/Supervision des Arbeitsfortschrittes sowie das Vermitteln der Regeln guter wissenschaftlicher Praxis.
 - Es werden eine aufrichtige Beratung für die Laufbahn und weitere Karrierewege sowie Weiterbildungsmöglichkeiten und Mentoring für das wissenschaftliche und wissenschaftsakkessorische Personal angeboten. Sie werden durchzunehmende Selbstständigkeit in die Lage versetzt, ihre Karriere zu gestalten.
 - Promovierende der Hochschule werden im Rahmen der Promotionszentren „Sozial-, Gesundheits- und Wirtschaftswissenschaften“ (gemäß §7 der Promotionsordnung) sowie „Umwelt und Technik“ (gemäß §9 der Promotionsordnung) zur Anwendung der Regeln guter wissenschaftlicher Praxis verpflichtet und im Rahmen von fakultativen Veranstaltungen sensibilisiert.
 - Erfahrene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler unterstützen sich gegenseitig im kontinuierlichen Lern- und Weiterbildungsprozess und pflegen einen regelmäßigen Austausch.
 - In ihren Führungsleitlinien verpflichten sich die Hochschule Magdeburg-Stendal und ihre Angehörigen zu einer vertrauensvollen, offenen Gesprächskultur mit

klarer, zeitnaher und gezielter Kommunikation. Führungskräfte übernehmen dabei verantwortungsvoll den Schutz und die Fürsorge für die Mitarbeitenden.

§ 5 Verantwortung der Leiterinnen und Leiter von Arbeitseinheiten

- (1) Die Leitung einer wissenschaftlichen Arbeitseinheit ist für die gesamte von ihr geleitete Einheit verantwortlich.
- (2) Die Verantwortung der Leitung einer wissenschaftlichen Arbeitseinheit umfasst insbesondere die Verpflichtung zur individuellen, in das Gesamtkonzept der Hochschule eingebetteten Betreuung des wissenschaftlichen Nachwuchses sowie zur Förderung der Karrieren von wissenschaftlichem und wissenschaftsakkessorischem Personal sowie für die Vermittlung der Grundsätze wissenschaftlichen Redlichkeit.
- (3) Die Zusammenarbeit in den wissenschaftlichen Arbeitseinheiten ist so beschaffen, dass die Einheit als Ganze ihre Aufgaben erfüllen kann, dass die dafür nötige Kooperation und Koordination erfolgen und allen Mitgliedern ihre Rollen, Rechte und Pflichten bewusst sind.
- (4) Machtmissbrauch und dem Ausnutzen von Abhängigkeitsverhältnissen wird durch geeignete organisatorische Maßnahmen sowohl auf der Ebene der einzelnen Arbeitseinheiten als auch auf der Ebene der Hochschulleitung entgegengewirkt.
- (5) Wissenschaftlich Tätige genießen ein der Karrierestufe angemessenes Verhältnis von Unterstützung und Eigenverantwortung.

§ 6 Bewertung wissenschaftlicher Leistung

- (1) Die Bewertung der Leistung von wissenschaftlich Tätigen folgt einem mehrdimensionalen Ansatz. Bei der Festlegung von Leistungs- und Bewertungskriterien für Prüfungen, für das Verleihen akademischer Grade, für Einstellungen, für Berufungen und für Mittelzuweisungen ist sicherzustellen, dass Originalität und Qualität als Bewertungsmaßstab stets Vorrang vor Quantität haben. Bei der vergleichenden Bewertung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern darf die Anzahl von Publikationen nicht der einzige Beurteilungsmaßstab für wissenschaftliche Leistungen sein. Die Hochschulen und Förderorganisationen sollten vorrangig qualitäts- statt quantitâtsbezogene Kriterien in der Leistungsbewertung berücksichtigen. Qualitativ hochwertige Wissenschaft orientiert sich an disziplinspezifischen Kriterien. Neben der Gewinnung von Erkenntnissen und ihrer kritischen Reflexion fließen in die Beurteilung auch weitere Leistungsdimensionen ein. Diese sind zum Beispiel: ein Engagement in der Lehre, der akademischen Selbstverwaltung, der Öffentlichkeitsarbeit, dem Wissens- und Technologietransfer; auch Beiträge im gesamtgesellschaftlichen Interesse können gewürdigt werden. Einbezogen werden auch die wissenschaftliche Haltung (wie Erkenntnisoffenheit) der Wissenschaftlerin bzw. des Wissenschaftlers Persönliche, familien- oder gesundheitsbedingte Ausfallzeiten oder dadurch verlängerte Ausbildungs- oder Qualifikationszeiten, alternative Karrierewege oder vergleichbare Umstände werden angemessen berücksichtigt.
- (2) Als unterstützende Maßnahme zur Sicherung der wissenschaftlichen Integrität von Abschlussarbeiten (insb. Bachelor- und Masterarbeiten sowie Dissertationen) wird die Nutzung einer aktuellen Antiplagiatsoftware-Lösung zur Plagiarismus-Prüfung der Arbeit nach Abgabe durch einen der Gutachter:innen bzw. eine beauftragte Service-Stelle dringend empfohlen. Die Wahl der Softwarelösung geschieht unter Berücksichtigung der fachdisziplinspezifischen Anforderungen und derzeitigen technischen Möglichkeiten nach eigenem Ermessen der Gutachter*innen bzw. gemäß fachbereichsspezifischer Vorgaben.

§ 7 Phasenübergreifende Qualitätssicherung

- (1) Wissenschaftlich Tätige führen jeden Teilschritt des Forschungsprozesses de lege artis aus. Eine kontinuierliche und phasenübergreifende Qualitätssicherung findet statt. Studien sind unter Berücksichtigung des aktuellen Standes der Forschung durchzuführen, dabei sind im Hinblick auf Forschungsvorhaben eine gründliche Abschätzung der Forschungsfolgen und die Beurteilung der jeweiligen ethischen Aspekte zu treffen.
- (2) Die Herkunft von im Forschungsprozess verwendeten Daten, Organismen, Materialien und Software wird unter Zitation der Originalquellen kenntlich gemacht und es wird belegt, welche Maßgaben für die Nachnutzung gelten. Wenn öffentlich zugängliche Software verwendet wird, muss diese persistent und zitierbar unter Anführung des Quellcodes dokumentiert werden, soweit dies möglich und zumutbar ist.
- (3) Art und Umfang von im Forschungsprozess entstehenden Forschungsdaten werden beschrieben.
- (4) Essenzieller Bestandteil der Qualitätssicherung ist, dass für andere wissenschaftlich Tätige die Ergebnisse bzw. Erkenntnisse so transparent dargestellt werden, dass Formen einer Replikation bzw. Re-Analyse gewährleistet sind.
- (5) Wenn wissenschaftliche Erkenntnisse öffentlich zugänglich gemacht werden (auch über andere Wege als Publikationen), werden die angewandten Mechanismen der Qualitätssicherung stets dargelegt. Wenn im Nachhinein Unstimmigkeiten oder Fehler zu solchen Erkenntnissen auffallen oder auf solche hingewiesen wird, werden diese berichtigt.

§ 8 Beteiligte Akteure, Verantwortlichkeiten, Rollen

- (1) Die Rollen und Verantwortlichkeiten der an einem Forschungsvorhaben beteiligten wissenschaftlich Tätigen müssen in geeigneter Weise festgelegt werden und zu jedem Zeitpunkt klar sein.
- (2) Sofern es erforderlich wird, erfolgt eine Anpassung der Rollen und Verantwortlichkeiten.

§ 9 Forschungsdesign

- (1) Wissenschaftlich Tätige berücksichtigen bei der Planung eines Vorhabens den aktuellen Forschungsstand umfassend und erkennen ihn an. Dies setzt in der Regel sorgfältige Recherche nach bereits öffentlich zugänglichen Forschungsleistungen voraus.
- (2) Die Hochschulleitung stellt die für diese Recherche erforderlichen Rahmenbedingungen im Rahmen ihrer haushalterischen Möglichkeiten sicher.
- (3) Wissenschaftlich Tätige wenden Methoden zur Vermeidung von (auch unbewussten) Verzerrungen bei der Interpretation von Befunden an, soweit dies möglich und zumutbar ist.
- (4) Wissenschaftlich Tätige prüfen, ob und inwiefern Geschlecht und Vielfältigkeit für das Forschungsvorhaben bedeutsam sein können.

§ 10 Rechtliche und ethische Rahmenbedingungen der Forschung

- (1) Wissenschaftlich Tätige gehen mit der ihnen verfassungsrechtlich gewährten Forschungsfreiheit verantwortungsvoll um.

- (2) Die Hochschulleitung trägt die Sorge für die Regelkonformität des Handelns der Mitglieder und Angehörigen der Hochschule und befördert Regelkonformität durch geeignete Organisationsstrukturen. In zwei Fachbereichen wurden bereits fachbereichsspezifische Ethikkommissionen realisiert, in den anderen Fachbereichen laufen hierzu bereits entsprechende Vorbereitungen. In der Übergangsphase können die Fachbereiche ohne eigene Ethikkommission auf die bereits bestehenden Ethikkommissionen – im Sinne einer Amtshilfe – zurückgreifen. Neben den geltenden rechtlichen Bestimmungen findet darüber hinaus die Zivilklausel in der aktuell geltenden Fassung Anwendung.
- (3) Wissenschaftlich Tätige beachten bei ihrem Verhalten ihre Rechte und Pflichten, insbesondere solche, die aus gesetzlichen Vorgaben und aus Verträgen mit Dritten resultieren.
- (4) Wissenschaftlich Tätige holen Genehmigungen und Ethikvoten ein, sofern dies erforderlich ist, und legen sie den zuständigen Stellen vor.
- (5) Wissenschaftlich Tätige machen sich die Gefahr des Missbrauchs von Forschungsergebnissen kontinuierlich bewusst, insbesondere bei sicherheitsrelevanter Forschung. Forschungsfolgen werden dabei gründlich abgeschätzt, ethische Implikationen der Forschung beurteilt.

§ 11 Nutzungsrechte

- (1) Wissenschaftlich Tätige treffen zum frühestmöglichen Zeitpunkt dokumentierte Vereinbarungen über die Nutzungsrechte an aus dem Forschungsvorhaben hervorgehenden Daten und Ergebnissen.
- (2) Die Nutzung von Daten und Ergebnissen steht insbesondere denjenigen wissenschaftlich Tätigen zu, die die Daten erhoben haben.
- (3) Die Nutzungsberechtigten treffen Regelungen zu der Frage, ob und wie Dritte Zugang zu den Forschungsdaten erhalten.

§ 12 Methoden und Standards

- (1) Bei der Forschung werden wissenschaftlich fundierte und nachvollziehbare Methoden angewandt.
- (2) Bei der Entwicklung und Anwendung neuer Methoden legen wissenschaftlich Tätige besonderen Wert auf die Qualitätssicherung und auf die Etablierung von Standards.

§ 13 Dokumentation

- (1) Wissenschaftlich Tätige dokumentieren alle für das Zustandekommen eines Forschungsergebnisses relevanten Informationen so nachvollziehbar, wie es im betroffenen Fachgebiet erforderlich und angemessen ist, um das Ergebnis überprüfen und bewerten zu können und eine Replizierbarkeit bzw. Re-Analyse zu ermöglichen. Sofern für die Überprüfung und Bewertung konkrete fachliche Empfehlungen existieren, nehmen die wissenschaftlich Tätigen die Dokumentation entsprechend der jeweiligen Vorgaben vor. Bei der Entwicklung von Forschungssoftware wird deren Quellcode dokumentiert, soweit dies möglich und zumutbar ist.
- (2) Eine Selektion von Ergebnissen ist unzulässig. Befunde, welche die verfolgte Forschungsfrage bzw. gestellte These stützen, sind ebenso darzustellen wie Befunde, welche die Forschungsfrage/These in Frage stellen; eigene Ergebnisse sind kritisch zu überprüfen. Es gilt strikte Ehrlichkeit im Hinblick auf die eigenen und die Beiträge Dritter

zu wahren, alle Ergebnisse konsequent selbstkritisch zu hinterfragen sowie einen kritischen Diskurs in der wissenschaftlichen Gemeinschaft zuzulassen und zu fördern. Zu den rechtlichen Rahmenbedingungen eines Forschungsvorhabens zählen auch dokumentierte Vereinbarungen über die Nutzungsrechte an aus ihm hervorgehenden Forschungsdaten und Forschungsergebnissen.

- (3) Wird die Dokumentation den Anforderungen gem. Abs. 1 und 2 nicht gerecht, werden die Einschränkungen und Gründe dafür nachvollziehbar dargelegt.
- (4) Dokumentationen und Forschungsergebnisse dürfen nicht manipuliert werden. Sie sind bestmöglich gegen Manipulation zu schützen.

§ 14 Archivierung

- (1) Wissenschaftlich tätige Personen bewahren Forschungsdaten bzw. -ergebnisse, die öffentlich zugänglich gemacht werden, sowie die ihnen zugrunde liegenden, zentralen Materialien in adäquater Weise zugänglich und nachvollziehbar in der Einrichtung, in der sie entstanden sind, oder in standortübergreifenden Repositorien auf. Maßgeblich sind die Standards des betroffenen Fachgebiets und Rollen- und Nutzungsrechte der jeweiligen Datenbanken. In der Regel werden die zu archivierenden Forschungsdaten als Rohdaten gesichert.
- (2) Die Aufbewahrung nach Absatz 1 erfolgt über einen Zeitraum von mindestens 10 Jahren. Auch insoweit sind die Standards des betroffenen Fachgebiets maßgeblich. Die Aufbewahrungsfrist beginnt mit der Herstellung des öffentlichen Zugangs zu den jeweiligen Daten oder Ergebnissen.
- (3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für eingesetzte Forschungssoftware.
- (4) Sofern nachvollziehbare Gründe dafür existieren, bestimmte Daten nicht oder nur für einen gegenüber Absatz 2 kürzeren Zeitraum aufzubewahren, legen die wissenschaftlich Tätigen diese Gründe in nachvollziehbarer Weise dar.
- (5) Die Leitung der Hochschule Magdeburg-Stendal stellt sicher, dass die für die angemessene Archivierung erforderliche Infrastruktur vorhanden ist.

§ 15 Herstellung von öffentlichem Zugang zu Forschungsergebnissen

- (1) Grundsätzlich bringen wissenschaftlich Tätige all ihre Ergebnisse in den wissenschaftlichen Diskurs ein. Wissenschaftliche Erkenntnisgewinne sollen in Form von Publikationen der Öffentlichkeit, insbesondere auch durch Open Access, frei zugänglich mitgeteilt werden.
- (2) Im Einzelfall kann es Gründe geben, Ergebnisse nicht öffentlich zugänglich zu machen. Die Entscheidung der Zugänglichmachung darf grundsätzlich nicht von Dritten abhängen; vielmehr entscheiden wissenschaftlich Tätige grundsätzlich in eigener Verantwortung und unter Berücksichtigung der Gepflogenheiten des jeweiligen Fachgebiets, ob, wie und wo sie ihre Ergebnisse öffentlich zugänglich machen. Ausnahmen sind insbesondere dort statthaft, wo Rechte Dritter betroffen sind, Patentanmeldungen in Aussicht stehen, es sich um Auftragsforschung oder um sicherheitsrelevante Forschung handelt.
- (3) Werden Ergebnisse öffentlich zugänglich gemacht, werden sie vollständig und nachvollziehbar beschrieben. Hierzu gehört es auch, die den Ergebnissen zugrundeliegenden Forschungsdaten, Materialien und Informationen, die angewandten Methoden und eingesetzte Software verfügbar zu machen, soweit dies möglich und zumutbar ist. Dies geschieht nach den sog. FAIR-Prinzipien: Findable, Accessible,

Interoperable, Re-Usable. Ausnahmen sind im Kontext von Patentanmeldungen statthaft.

- (4) Selbst programmierte Software wird dabei unter Angabe ihres Quellcodes zugänglich gemacht, soweit dies möglich und zumutbar ist. Gegebenenfalls erfolgt eine Lizenzierung. Arbeitsabläufe werden umfänglich dargelegt.
- (5) Eigene und fremde Vorarbeiten sind vollständig und korrekt nachzuweisen, es sei denn, darauf kann disziplinspezifisch im Fall von eigenen, bereits öffentlich zugänglichen Ergebnissen ausnahmsweise verzichtet werden. Zugleich wird die Wiederholung der Inhalte eigener Publikationen auf das für das Verständnis notwendige Maß beschränkt.

§ 16 Autor:inschaft

- (1) Autorin oder Autor ist, wer einen genuinen, nachvollziehbaren Beitrag zu dem Inhalt einer wissenschaftlichen Text-, Daten- oder Softwarepublikation geleistet hat. Ob ein genuiner und nachvollziehbarer Beitrag vorliegt, hängt von den fachspezifischen Grundsätzen wissenschaftlichen Arbeitens ab und ist im Einzelfall zu beurteilen.
- (2) Reicht ein Beitrag nicht aus, um eine Autor:innenschaft zu begründen, so kann die Unterstützung in Fußnoten, im Vorwort oder in Acknowledgements angemessen gewürdigt werden. Eine Ehrenautorschaft, bei der gerade kein hinreichender Beitrag geleistet wurde, ist ebenso unzulässig wie die Herleitung einer Autor:innenschaft allein aufgrund einer Leitungs- oder Vorgesetztenfunktion.
- (3) Alle Autorinnen und Autoren müssen der finalen Fassung des zu publizierenden Werks zustimmen; sie tragen für die Publikation die gemeinsame Verantwortung, es sei denn, es wird ausdrücklich anders ausgewiesen. Ohne hinreichenden Grund darf die Zustimmung zu einer Publikation nicht verweigert werden. Die Verweigerung muss vielmehr mit nachprüfbarer Kritik an Daten, Methoden oder Ergebnissen begründet werden.
- (4) Wissenschaftlich Tätige verständigen sich rechtzeitig – in der Regel spätestens bei Formulierung des Manuskripts – darüber, wer Autorin oder Autor der Forschungsergebnisse werden soll und klären sowie verständigen sich auch bezüglich der Reihenfolge der Nennung. Die Verständigung hat anhand nachvollziehbarer Kriterien und unter Berücksichtigung der Konventionen jedes Fachgebiets zu erfolgen.

§ 17 Publikationsorgane

- (1) Die wissenschaftliche Qualität eines Beitrags hängt nicht von dem Publikationsorgan ab, in dem er öffentlich zugänglich gemacht wird. Neben Publikationen in Büchern und Fachzeitschriften kommen insbesondere auch Fach-, Daten- und Softwarerepositorien ebenso wie Blogs in Betracht.
- (2) Autorinnen und Autoren wählen das Publikationsorgan unter Berücksichtigung seiner Qualität und Sichtbarkeit im jeweiligen Diskursfeld sorgfältig aus. Ein neues Publikationsorgan wird auf seine Seriosität geprüft.
- (3) Wer eine Herausgebendenschaft übernimmt, prüft sorgfältig, für welche Publikationsorgane dies geschieht.

§ 18 Vertraulichkeit und Neutralität bei Begutachtungen und Beratungen

- (1) Redliches Verhalten ist die Grundlage der Legitimität eines Urteilsbildungsprozesses.

- (2) Wissenschaftlich Tätige, die insbesondere Manuskripte, Förderanträge oder die Ausgewiesenheit von Personen beurteilen, sind diesbezüglich zu strikter Vertraulichkeit verpflichtet. Sie legen alle Tatsachen, die die Besorgnis einer Befangenheit begründen können, unverzüglich gegenüber der dafür zuständigen Stelle offen.
- (3) Die Vertraulichkeit schließt ein, dass Inhalte, zu denen im Rahmen der Funktion Zugang erlangt wird, nicht an Dritte weitergegeben werden und nicht der eigenen Nutzung zugeführt werden dürfen.
- (4) Abs. 1 und 2 gelten entsprechend für Mitglieder wissenschaftlicher Beratungs- und Entscheidungsgremien.

Abschnitt II Ombudswesen

§ 19 Ombudspersonen

- (1) An der Hochschule Magdeburg- Stendal existiert eine Ombudsperson und eine gleich große Zahl von stellvertretenden Ombudspersonen. Die Stellvertretungen werden für den Fall vorgesehen, dass hinsichtlich der an sich zuständigen Ombudsperson die Besorgnis einer Befangenheit besteht, die Ombudsperson an der Wahrnehmung ihrer Funktion gehindert ist oder wenn dies disziplinar erforderlich ist. Die Frage, ob die Besorgnis der Befangenheit besteht, beurteilt sich nach Maßgabe des § 20 Ausgeschlossene Personen und des § 21 Besorgnis der Befangenheit des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) des Bundes. Im Zweifel entscheidet die Untersuchungskommission nach Abschnitt III.
- (2) Zu Ombudspersonen bzw. Stellvertretungen können integre Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bestellt werden. Bei der Bestellung sollten auch die an der Hochschule vertretenen Fächerkulturen berücksichtigt werden. Die Ombudspersonen und ihre Stellvertretungen dürfen während ihrer Amtszeit nicht Mitglied der Untersuchungskommission oder eines Leitungsgremiums der Hochschule Magdeburg-Stendal sein. Als Leitungsgremien gelten:
 - Senat
 - Hochschulleitung
 - Kuratorium
- (3) Die Ombudsperson sowie deren Vertreter oder Vertreterin als neutrale und qualifizierte Ansprechpartner:in werden als unabhängige Vertrauenspersonen aus den Reihen der Professoren und Professorinnen der Hochschule vom Rektorat vorgeschlagen und vom Akademischen Senat der Hochschule bestellt. Die Namen der Ombudspersonen sowie dessen Vertretung werden vom Rektorat in ortsüblicher Form hochschulöffentlich bekannt gegeben.
- (4) Die Amtszeit einer Ombudsperson oder stellvertretenden Ombudsperson dauert 4 Jahre. Eine einmalige Wiederwahl ist zulässig.
- (5) Ombudspersonen und ihre Stellvertretungen erhalten von der Leitung der Hochschule die erforderliche inhaltliche Unterstützung und Akzeptanz bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben. Zur Steigerung der Funktionsfähigkeit des Ombudswesens sollen Maßnahmen zur anderweitigen Entlastung amtierender Ombudspersonen und Stellvertretungen ergriffen werden.

§ 20 Ombudstätigkeit

- (1) Die Ombudsperson und ihre Stellvertretung nehmen die Ombudstätigkeit nach § 18 unabhängig wahr, insbesondere unabhängig von Weisungen oder informellen einzelfallbezogenen Einflussnahmen durch die Hochschulleitung und andere Hochschulorgane. Die Ombudstätigkeit erfolgt vertraulich, d.h. unter Wahrung der Verschwiegenheit.
- (2) Alle Mitglieder und Angehörigen sowie assoziierte Partner der Hochschule Magdeburg-Stendal können sich in Fragen der guten wissenschaftlichen Praxis, aber auch zu vermutetem wissenschaftlichem Fehlverhalten, an die Ombudsperson sowie des Stellvertreters bzw. der Stellvertreterin wenden. Alternativ haben Mitglieder und Angehörige der Hochschule Magdeburg-Stendal die Möglichkeit, sich an das überregional tätige Ombudsgremium „Ombudsgremium für die wissenschaftliche Integrität in Deutschland“ zu wenden.
- (3) Die Hochschulleitung trägt dafür Sorge, dass die lokalen Ombudspersonen und ihre Stellvertretungen an der Hochschule Magdeburg-Stendal bekannt sind. Identität und Kontaktdaten der jeweils amtierenden Personen werden über folgende Wege bekannt gemacht:
 - Internetpräsenz
 - Protokoll der Senatssitzung
- (4) Die Ombudsperson und ihre Stellvertretung beraten sowohl hinweisgebende Personen als auch Personen, auf die sich die Hinweise beziehen als neutrale und qualifizierte Ansprechpersonen in Fragen der guten wissenschaftlichen Praxis und in Verdachtsfällen wissenschaftlichen Fehlverhaltens. Sie tragen, soweit dies möglich ist, zur lösungsorientierten Konfliktvermittlung bei.
- (5) Die Ombudsperson bzw. deren Stellvertretung nehmen Anfragen vertraulich entgegen und leiten Verdachtsfälle wissenschaftlichen Fehlverhaltens im Bedarfsfall an die verantwortliche Stelle an der Hochschule Magdeburg-Stendal nach Abschnitt III weiter.

Abschnitt III Verfahren im Umgang mit wissenschaftlichem Fehlverhalten

§ 21 Allgemeine Prinzipien für den Umgang mit Verdachtsfällen wissenschaftlichen Fehlverhaltens

- (1) Alle Stellen an der Hochschule Magdeburg-Stendal, die einen Verdacht wissenschaftlichen Fehlverhaltens im Rahmen ihrer Zuständigkeit überprüfen, setzen sich in geeigneter Weise für den Schutz sowohl der Hinweisgebenden als auch der/des von den Vorwürfen Betroffenen (Beschuldigten) ein. Den zuständigen Stellen ist bewusst, dass die Durchführung eines Verfahrens und die abschließende, mögliche Verhängung von Sanktionen erhebliche Eingriffe in die Rechte der/des Beschuldigten darstellen können.
- (2) Die Untersuchung von Vorwürfen wissenschaftlichen Fehlverhaltens muss zu jedem Zeitpunkt nach rechtsstaatlichen Grundsätzen, fair und unter Geltung der Unschuldsvermutung erfolgen. Die Untersuchung erfolgt zudem vertraulich. Ermittlungen werden ohne Ansehen der Person geführt, Entscheidungen ohne Ansehen der Person getroffen.
- (3) Die Anzeige durch hinweisgebende Personen muss in gutem Glauben erfolgen. Hinweisgebende Personen müssen über objektive Anhaltspunkte dafür verfügen, dass möglicherweise gegen Standards guter wissenschaftlicher Praxis verstoßen worden ist.

Kann die hinweisgebende Person die dem Verdacht zugrundeliegenden Tatsachen nicht selbst prüfen oder bestehen in Hinsicht auf einen beobachteten Vorgang Unsicherheiten bei der Interpretation der Leitlinien zur guten wissenschaftlichen Praxis gemäß Abschnitt I, soll die/der Hinweisgebende sich zur Klärung des Verdachts an die Personen gemäß § 19 Absatz 1 und 2 wenden.

- (4) Wegen der Hinweisgabe sollen weder der hinweisgebenden noch der beschuldigten/betroffenen Person Nachteile für das eigene wissenschaftliche oder berufliche Fortkommen erwachsen. Für die beschuldigte Person gilt dies, bis ein Fehlverhalten erwiesen und festgestellt ist. Bei Personen in frühen Karrierephasen soll die Anzeige möglichst nicht zu Verzögerungen während ihrer Qualifizierung führen. Die Erstellung von Abschlussarbeiten und Promotionen soll keine Benachteiligung erfahren. Gleiches gilt für Arbeitsbedingungen und mögliche Vertragsverlängerungen.
- (5) Die Anzeige ist von allen Beteiligten vertraulich zu behandeln, insbesondere, um eine frühzeitige Einbeziehung der Öffentlichkeit und damit möglichen Reputationsverlust zu vermeiden. Die hinweisgebende Person ist auch dann zu schützen, wenn ein Fehlverhalten im Verfahren nicht erwiesen wird. Anderes gilt nur, wenn der Vorwurf wider besseres Wissen angezeigt worden ist. Bei Verstößen gegen den Grundsatz der Vertraulichkeit sind durch das Rektorat geeignete Sanktionen zu prüfen.
- (6) Alle mit dem Verfahren befassten Stellen setzen sich für eine möglichst zeitnahe Durchführung des gesamten Verfahrens ein. Sie unternehmen die erforderlichen Schritte, um jeden Verfahrensabschnitt innerhalb eines angemessenen Zeitraums abzuschließen.
- (7) Eine Verdachtsmeldung, bei der die hinweisgebende Person ihre Identität nicht offenlegt (anonyme Anzeige), wird überprüft, wenn die hinweisgebende Person belastbare und hinreichend konkrete Tatsachen vorbringt, die eine Überprüfung mit zumutbarem Aufwand ermöglichen.
- (8) Ist die Identität der hinweisgebenden Person der zuständigen Stelle bekannt, behandelt die Stelle die Identität vertraulich und gibt sie Dritten grundsätzlich nicht ohne das Einverständnis der hinweisgebenden Person preis. Das Einverständnis soll in Textform erteilt werden. Eine Herausgabe auch ohne Einverständnis kann erfolgen, wenn eine entsprechende gesetzliche Verpflichtung besteht. Eine Herausgabe kann ausnahmsweise auch dann erfolgen, wenn die beschuldigte Person sich andernfalls nicht sachgerecht verteidigen kann, weil es hierfür auf die Identität der hinweisgebenden Person ankommt. Bevor die Identität der hinweisgebenden Person offengelegt wird, wird sie von der beabsichtigten Herausgabe in Kenntnis gesetzt. Sie kann sodann entscheiden, ob sie die Verdachtsanzeige zurücknimmt. Im Fall einer Rücknahme erfolgt die Offenlegung nicht, es sei denn, es besteht eine gesetzliche Verpflichtung zur Offenlegung. Das Ermittlungsverfahren kann gleichwohl fortgeführt werden, wenn eine Interessenabwägung ergibt, dass dies im Interesse der wissenschaftlichen Integrität in Deutschland oder im berechtigten Interesse der Hochschule Magdeburg-Stendal geboten ist.
- (9) Die Vertraulichkeit des Verfahrens erfährt Einschränkungen, wenn sich die hinweisgebende Person mit ihrem Verdacht an die Öffentlichkeit wendet. Die für die Untersuchung zuständige Stelle entscheidet im Einzelfall nach pflichtgemäßem Ermessen, wie mit der Verletzung der Vertraulichkeit durch die hinweisgebende Person umzugehen ist.

§ 22 Tatbestände wissenschaftlichen Fehlverhaltens

- (1) Wissenschaftliches Fehlverhalten liegt vor, wenn eine an der Hochschule Magdeburg-Stendal wissenschaftlich tätige Person in einem wissenschaftserheblichen Zusammenhang vorsätzlich oder grob fahrlässig Falschangaben macht, sich fremde wissenschaftliche Leistungen unberechtigt zu eigen macht oder die Forschungstätigkeit anderer beeinträchtigt. Unberührt bleiben die besonderen Tatbestände gemäß Absatz 5 bis 8.
- (2) Falschangaben sind
 - a) das Erfinden von wissenschaftserheblichen Daten oder Forschungsergebnissen,
 - b) das Verfälschen von wissenschaftserheblichen Daten oder Forschungsergebnissen, insbesondere durch Unterdrücken oder Beseitigen von im Forschungsprozess gewonnenen Daten oder Ergebnissen, ohne dies offen zu legen, oder durch Verfälschung einer Darstellung oder Abbildung,
 - c) die inkongruente Darstellung von Bild und dazugehöriger Aussage,
 - d) unrichtige wissenschaftsbezogene Angaben in einem Förderantrag oder im Rahmen der Berichtspflicht
 - e) die Inanspruchnahme der Autor:innenschaft oder Mitautor:innenschaft einer anderen Person ohne deren Einverständnis.
- (3) Ein unzulässiges Zu-eigen-machen fremder wissenschaftlicher Leistungen liegt in folgenden Fällen vor:
 - a) Ungekennzeichnete Übernahme von Inhalten Dritter ohne die gebotene Quellenangabe („Plagiat“),
 - b) unbefugte Verwendung von Forschungsansätzen, Forschungsergebnissen und wissenschaftlichen Ideen („Ideendiebstahl“),
 - c) Unbefugte Weitergabe von wissenschaftlichen Daten, Theorien und Erkenntnissen an Dritte,
 - d) Anmaßung oder unbegründete Annahme einer Autorschaft oder Mitautorschaft an einer wissenschaftlichen Publikation, insbesondere, wenn kein genuiner, nachvollziehbarer Beitrag zum wissenschaftlichen Inhalt der Publikation geleistet wurde,
 - e) Verfälschung des wissenschaftlichen Inhalts,
 - f) Unbefugte Veröffentlichung und unbefugtes Zugänglichmachen gegenüber Dritten, solange das wissenschaftliche Werk, die Erkenntnis, die Hypothese, die Lehre oder der Forschungsansatz noch nicht veröffentlicht ist,
 - g) willkürliche Verzögerung einer Publikation, insbesondere als Herausgeber oder Herausgeberin.
- (4) Eine Beeinträchtigung der Forschungstätigkeit anderer liegt insbesondere in folgenden Fällen vor:
 - a) Sabotage von Forschungstätigkeit (einschließlich des Beschädigens, Zerstörens oder Manipulierens von Versuchsanordnungen, Geräten, Unterlagen, Hardware, Software, Chemikalien oder sonstiger Sachen, die andere zu Forschungszwecken benötigen),

- b) Verfälschung oder unbefugte Beseitigung von Forschungsdaten oder Forschungsdokumenten,
 - c) Verfälschung oder unbefugte Beseitigung der Dokumentation von Forschungsdaten.
- (5) Wissenschaftliches Fehlverhalten von an der Hochschule Magdeburg-Stendal wissenschaftlich Tätigen ergibt sich – bei Vorliegen von Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit – auch aus
- a) der Mitautor:innenschaft an einer Veröffentlichung, die Falschangaben oder unzulässig zu eigen gemachte fremde wissenschaftliche Leistungen enthält,
 - b) der Vernachlässigung von Aufsichtspflichten, wenn eine andere Person objektiv den Tatbestand wissenschaftlichen Fehlverhaltens im Sinne von Absatz 1 bis 4 erfüllt hat und dies durch die erforderliche und zumutbare Aufsicht verhindert oder wesentlich erschwert worden wäre.
- (6) Wissenschaftliches Fehlverhalten ergibt sich ferner aus der vorsätzlichen Beteiligung (im Sinne einer Anstiftung oder Beihilfe) am vorsätzlichen, nach dieser Satzung tatbestandsmäßigen Fehlverhalten anderer.
- (7) Wissenschaftliches Fehlverhalten von gutachtenden Personen oder Gremienmitgliedern der Hochschule Magdeburg-Stendal liegt vor, wenn diese vorsätzlich oder grob fahrlässig
- a) unbefugt wissenschaftliche Daten, Theorien oder Erkenntnisse, von denen sie im Rahmen ihrer Tätigkeit als Gutachtende oder Gremienmitglied Kenntnis erlangt haben, unbefugt für eigene wissenschaftliche Zwecke verwenden,
 - b) im Rahmen ihrer Tätigkeit als gutachtenden Personen oder Gremienmitglied unter Verletzung der Vertraulichkeit des Verfahrens Daten, Theorien oder Erkenntnisse unbefugt an Dritte weitergeben,
 - c) im Rahmen ihrer Tätigkeit als gutachtende Person oder Gremienmitglied Tatsachen oder Umstände, die die Besorgnis einer Befangenheit begründen können, nicht gegenüber der zuständigen Stelle offenlegen.
- (8) Wissenschaftliches Fehlverhalten liegt auch vor, wenn eine gutachtende Person oder ein Gremienmitglied der Hochschule Magdeburg-Stendal im Rahmen ihrer/seiner Tätigkeit in der Absicht, sich oder einer anderen Person einen Vorteil zu verschaffen, wider besseres Wissen Tatsachen nicht offenlegt, aus denen sich ein wissenschaftliches Fehlverhalten der anderen Person im Sinne von Absatz 1 bis 5 ergibt.

§ 23 Einleitung einer Untersuchung

- (1) Hinweisgebende Personen sollen sich mit einer Verdachtsmeldung an die Ombudsperson oder dessen Stellvertretung gemäß § 19 wenden. Eine Verdachtsmeldung soll in Textform erfolgen. Sie kann mündlich erfolgen; in diesem Fall ist durch die aufnehmende Stelle eine Niederschrift anzufertigen. Wenden sich hinweisgebende Personen mit ihrer Verdachtsmeldung unmittelbar an ein Mitglied der Untersuchungskommission, leitet das Mitglied die Verdachtsmeldung zuständigkeitshalber an die zuständige Ombudsperson weiter.
- (2) Für die Besorgnis der Befangenheit der Ombudsperson in ihrer Rolle im Verfahren nach Abschnitt III gelten abweichend von § 18 Absatz 1 dieser Satzung die §§ 22 ff. der Strafprozessordnung entsprechend. Es entscheidet die Untersuchungskommission gemäß § 24 dieser Satzung.

- (3) Die Ombudsperson oder Stellvertretung prüft vertraulich, ob hinlänglich konkretisierte Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass eine Person in verfolgbarer Weise einen Tatbestand gemäß § 21 verwirklicht hat. Die Ombudsperson kann in diesem Zusammenhang Vorermittlungen führen; § 23 Absatz 2 gilt hierfür entsprechend.
- (4) Gelangt die Ombudsperson zu dem Ergebnis, dass hinlänglich konkretisierte Verdachtsmomente gemäß Absatz 3 bestehen, leitet sie eine Vorprüfung ein.

§ 24 Vorprüfung

- (1) Im Rahmen der Vorprüfung fordert die Ombudsperson die beschuldigte Person unverzüglich schriftlich zur Stellungnahme zu dem Vorwurf auf. Hierbei führt sie gegenüber der beschuldigten Person die belastenden Tatsachen und Beweismittel auf. Zur Stellungnahme ist eine Frist zu setzen; diese soll in der Regel zwei Wochen betragen. Die Frist kann verlängert werden. Die Stellungnahme soll schriftlich oder in Textform erfolgen. Beschuldigte Personen sind nicht verpflichtet, sich selbst zu belasten.
- (2) Im Rahmen der Vorprüfung kann die Ombudsperson die zur Sachverhaltsaufklärung erforderlichen Ermittlungen führen, soweit diese kraft höherrangigen Rechts zulässig sind. Sie kann beispielsweise Dokumente anfordern, beschaffen und sichten, andere Beweismittel beschaffen und sichern, Stellungnahmen einholen oder – soweit erforderlich – externe Expertisen einholen. Alle einbezogenen Personen sind um vertrauliche Behandlung der Anfrage zu ersuchen.
- (3) Aus den Akten soll hervorgehen, welche Schritte zur Sachverhaltsaufklärung unternommen worden sind.
- (4) Nach Abschluss der sachdienlichen Ermittlungen und unter Auswertung aller relevanten Beweismittel einschließlich der Stellungnahme der beschuldigten Person entscheidet die zuständige Ombudsperson innerhalb von zwei Wochen über den weiteren Fortgang des Verfahrens. Die Entscheidung richtet sich danach, ob aufgrund der Tatsachenlage eine Feststellung wissenschaftlichen Fehlverhaltens durch die Untersuchungskommission wahrscheinlicher erscheint als eine Verfahrenseinstellung (hinreichender Verdacht). Besteht kein hinreichender Verdacht eines verfolgbaren wissenschaftlichen Fehlverhaltens, stellt die Ombudsperson das Verfahren ein. Bei hinreichendem Tatverdacht leitet die Ombudsperson die Vorprüfung in eine förmliche Untersuchung über, welche von der Untersuchungskommission geführt wird.
- (5) Im Falle einer Einstellung des Verfahrens wird die Entscheidung zunächst der hinweisgebenden Person schriftlich mitgeteilt. Die wesentlichen Gründe, die zu der Entscheidung geführt haben, sind zu nennen. Der hinweisgebenden Person wird ein Recht zur Remonstration gegen die Entscheidung binnen zweiwöchiger Frist eingeräumt. Im Falle einer fristgerechten Remonstration wird die getroffene Entscheidung erneut geprüft.
- (6) Ist die Remonstrationsfrist fruchtlos verstrichen oder hat eine Remonstration zu keiner abweichenden Entscheidung geführt, wird die Einstellungsentscheidung unter Darlegung der wesentlichen Gründe für die Entscheidung der beschuldigten Person schriftlich mitgeteilt.
- (7) Wird das Verfahren in die förmliche Untersuchung übergeleitet, wird diese Entscheidung der hinweisgebenden und der beschuldigten Person schriftlich mitgeteilt. Hat die beschuldigte Person den Vorwurf bestritten, soll kurz skizziert werden, weshalb der Vorwurf nicht entkräftet werden konnte.

§ 25 Untersuchungskommission

- (1) Zur Durchführung der förmlichen Untersuchung besteht an der Hochschule Magdeburg-Stendal eine Ad-hoc-Kommission, differenziert nach Fehlverhalten Studierender sowie Forschender bzw. Lehrbeauftragter an der Hochschule.
- (2) Die Untersuchungskommission für die Überprüfung von Vorwürfen wissenschaftlichen Fehlverhaltens von Professoren und Professorinnen, wissenschaftlichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, Lehrbeauftragten sowie von Promovierenden und von kooperativ promovierenden Doktoranden und Doktorandinnen setzt sich aus den fachübergreifenden Mitgliedern der Kommission für Forschung, Entwicklung und Technologietransfer zusammen. Die Kommission setzt sich aus der Leitung, sechs stimmberechtigten Vertreterinnen und Vertretern sowie Stellvertretungen zusammen. Den Vorsitz der Kommission führt der Prorektor bzw. die Prorektorin für Forschung, Entwicklung und Transfer. Die vorsitzende Person führt die Geschäfte der Untersuchungskommission und nimmt während der Sitzungen Hausrecht und Sitzungspolizei wahr. Die Untersuchungskommission wählt aus ihren Reihen eine Person für den stellvertretenden Vorsitz. Mindestens 4 Mitglieder der Untersuchungskommission sind ordentliche Professorinnen/Professoren der Hochschule Magdeburg-Stendal. Die Ombudspersonen werden beratend hinzugezogen und besitzen kein Stimmrecht.
- (3) Die Untersuchungskommission für die förmliche Überprüfung von Vorwürfen wissenschaftlichen Fehlverhaltens von Studierenden wird von dem jeweiligen Prüfungsausschuss bzw. dem Studiendekanat sowie bei Bedarf von den Mitgliedern der Kommission für Studium und Lehre gebildet; die Ombudsperson oder ihre Vertretung kann angefragt werden.
- (4) Die stimmberechtigten Mitglieder der Kommission werden ebenso wie ihre Stellvertretungen von der Hochschulleitung nach Wahl durch den Senat der Hochschule bestellt. Die Amtszeit beträgt 4 Jahre; Wiederwahl ist möglich. Im Einzelfall kann die Untersuchungskommission bis zu zwei nicht stimmberechtigte gutachtende Personen aus dem Fachgebiet des zu beurteilenden wissenschaftlichen Sachverhalts als weitere Mitglieder zur Beratung hinzuziehen.
- (5) Im Falle einer Besorgnis der Befangenheit oder der nicht nur kurzfristigen Verhinderung eines Kommissionsmitglieds übernimmt eine Stellvertretung. Für die Besorgnis der Befangenheit gelten die §§ 22 ff. der Strafprozessordnung entsprechend. Die Besorgnis der Befangenheit kann von allen stimmberechtigten Kommissionsmitgliedern, von Ombudspersonen der Hochschule oder von beschuldigten Personen gerügt werden. Es entscheidet die Kommission unter Ausschluss der Person, gegen die sich der Befangenheitsantrag richtet. Unaufschiebbare Verfahrenshandlungen dürfen weiterhin vorgenommen werden.
- (6) Alle stimmberechtigten Mitglieder der Kommission haben gleiches Stimmrecht; auch die vorsitzende Person hat das Stimmrecht. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst; bei Stimmgleichheit entscheidet die vorsitzende Person. Die Kommission ist nur dann beschlussfähig, wenn mindestens 4 Personen anwesend sind und gültig abstimmen können.
- (7) Die Mitglieder der Kommission und ihre Stellvertretungen nehmen die Tätigkeit unabhängig wahr, insbesondere unabhängig von Weisungen oder informellen einzelfallbezogenen Einflussnahmen durch die Hochschulleitung und andere Hochschulorgane. Die Tätigkeit erfolgt vertraulich, d.h. unter Wahrung der Verschwiegenheit.
- (8) Die Untersuchungskommission arbeitet und tagt vertraulich und nichtöffentlich.

- (9) Die aktuelle Besetzung der für die Untersuchung zuständigen Forschungskommission kann auf der Internetpräsenz der Kommission für Forschung, Entwicklung und Transfer bzw. der Kommission für Studium und Lehre in Erfahrung gebracht werden.

§ 26 Gang der förmlichen Untersuchung

- (1) Die Untersuchungskommission beraumt innerhalb von 4 Wochen einen Termin für eine Sitzung an. Für die Sitzung wird der beschuldigten Person rechtzeitig vorher die Gelegenheit eingeräumt, sich mündlich vor der Kommission (Anhörung) oder schriftlich zum Vorwurf zu äußern. § 23 Absatz 1 Satz 6 gilt entsprechend. Auch der hinweisgebenden Person wird nochmals die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Verzichtet die beschuldigte Person auf eine nochmalige Äußerung, darf allein dies nicht zu ihrem Nachteil berücksichtigt werden. Es ist dann nach Aktenlage zu entscheiden.
- (2) Die Kommission kann weitere Personen mündlich anhören, deren Stellungnahme sie für das Verfahren nach pflichtgemäßem Ermessen als dienlich ansieht. Im Hinblick auf mögliche Zeugnisverweigerungsrechte gelten die Vorschriften der Strafprozessordnung entsprechend.
- (3) Jede Person, die vor der Kommission angehört wird, darf eine Person ihres Vertrauens als Beistand hinzuziehen. Die Kommission ist rechtzeitig zu informieren.
- (4) Die Untersuchungskommission prüft nach den hergebrachten Regeln der freien Beweiswürdigung, ob wissenschaftliches Fehlverhalten zu ihrer Überzeugung erwiesen ist. Wissenschaftliches Fehlverhalten kann nur dann festgestellt werden, wenn hierüber ein Mehrheitsbeschluss innerhalb der Kommission gefasst worden ist. Die Beratungen unterliegen dem Beratungsgeheimnis. Unbeschadet bleibt die Befugnis der Kommission, das Verfahren mangels hinreichenden Tatverdachts oder bei minder schwerem Fehlverhalten wegen Geringfügigkeit einzustellen. Im Falle einer Einstellung des Verfahrens findet eine Remonstration durch die hinweisgebende Person nicht statt.
- (5) Für eine etwaige Offenlegung der Identität der hinweisgebenden Person gilt § 20 Absatz 8 und 9 entsprechend.
- (6) Bei Verdacht auf disziplinar-/arbeitsrechtliche Verstöße wird geprüft, ob eine Aussetzung des Verfahrens in Betracht zu ziehen ist.
- (7) Die Untersuchungskommission legt der Hochschulleitung zeitnah einen abschließenden Untersuchungsbericht vor, der auch die Sanktionsvorschläge der Kommission enthält. Die wesentlichen Grundlagen der Kommissionsentscheidung sind mitzuteilen.
- (8) Die Unterlagen der förmlichen Untersuchung werden an der Hochschule 30 Jahre aufbewahrt.

§ 27 Abschluss des Verfahrens

- (1) Die Hochschulleitung entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen, ob gegenüber der beschuldigten Person wissenschaftliches Fehlverhalten festgestellt wird und ob und welche Sanktionen und Maßnahmen ihr gegenüber verhängt werden. Kommt als Maßnahme der Entzug eines akademischen Grades in Betracht, werden die dafür zuständigen Stellen mit einbezogen.
- (2) Die Entscheidung und ihre wesentlichen Gründe werden der hinweisgebenden und der beschuldigten Person nach der Sitzung schriftlich mitgeteilt. Gegen die Entscheidung stehen den Parteien nur die gesetzlich gewährten Rechtsbehelfe zu.

- (3) Die Entscheidung wird ferner betroffenen Wissenschaftsorganisationen und Dritten, die ein begründetes Interesse an der Entscheidung haben, mitgeteilt. Ob und in welcher Weise dies der Fall ist, entscheidet die Hochschulleitung nach pflichtgemäßem Ermessen. Sie entscheidet auch darüber, ob und in welcher Weise die Öffentlichkeit zu informieren ist. Mitteilungen nach diesem Absatz können mit einer Begründung versehen werden.
- (4) Kommt der Entzug eines akademischen Grades in Betracht, werden die dafür zuständigen Stellen einbezogen.

§ 28 Mögliche Sanktionen und Maßnahmen

- (1) Erachtet die Hochschulleitung wissenschaftliches Fehlverhalten als erwiesen, kann sie im Rahmen der Verhältnismäßigkeit alternativ oder kumulativ u.a. folgende Sanktionen verhängen und/oder Maßnahmen ergreifen:
 - a) Aufforderung an die beschuldigte Person, inkriminierte Veröffentlichungen zurückzunehmen oder zu korrigieren bzw. die Veröffentlichung inkriminierter Manuskripte zu unterlassen,
 - b) Rücknahme von Förderentscheidungen bzw. Rücktritt von Förderverträgen, soweit die Entscheidung von der Hochschule getroffen oder der Vertrag von der Hochschule geschlossen worden ist, ggf. einschließlich einer Mittelrückforderung,
 - c) Ausschluss von einer Tätigkeit als gutachtende Personen oder Gremienmitglieder der Hochschule über einen Zeitraum von bis zu vier Jahren,
 - d) Gegen Angestellte der Hochschule: arbeitsrechtliche Abmahnung, ordentliche Kündigung, Vertragsauflösung, außerordentliche Kündigung,
 - e) Gegen Beamte der Hochschule: Einleitung eines beamtenrechtlichen Disziplinarverfahrens mit den dort vorgesehenen, auch einstweiligen, Maßnahmen,
 - f) Strafanzeige an die Polizei oder die Staatsanwaltschaft,
 - g) Ordnungswidrigkeitenanzeige an die zuständige Behörde,
 - h) Geltendmachung zivilrechtlicher Ansprüche – auch im Wege einstweiligen Rechtsschutzes –, insbesondere auf Schadensersatz, Herausgabe oder Beseitigung/Unterlassung,
 - i) Geltendmachung etwaiger öffentlich-rechtlicher Ansprüche, auch im Wege einstweiligen Rechtsschutzes,
 - j) Einleitung eines Verfahrens zum Entzug eines akademischen Grades oder Anregung der Einleitung eines solchen Verfahrens.
- (2) Andere als die in Absatz 1 genannten Sanktionen und Maßnahmen können nur verhängt werden, wenn sie in Ansehung der Rechtsgüter und berechtigten Interessen der beschuldigten Person verhältnismäßig sind.
- (3) Maßnahmen nach Absatz 1 sind nicht deshalb rechtswidrig, weil sie in dem Schreiben gemäß § 26 Abs. 3 nicht ausgesprochen worden sind.

§ 29 Übergangsvorschriften/Anwendung bei Verlassen der Hochschule

- (1) Die Tatbestände wissenschaftlichen Fehlverhaltens nach § 21 gelten nur für Taten, die begangen wurden, als diese Satzung bereits in Kraft war.
- (2) Die Verfahrensvorschriften dieses Abschnitts gelten nur für Hinweise, die ab dem Inkrafttreten dieser Satzung eingehen. Bei Inkrafttreten dieser Satzung bereits in Gang befindliche Vorer-mittlungs-, Vorprüfungs- und Untersuchungsverfahren werden nach den bisher geltenden Verfahrensregelungen zu Ende geführt.
- (3) Eine Tat kann auch dann verfolgt werden, wenn die beschuldigte Person inzwischen nicht mehr an der Hochschule Magdeburg-Stendal wissenschaftlich tätig ist, jedoch zum Tatzeitpunkt dort wissenschaftlich tätig war.

Abschnitt IV Inkrafttreten dieser Satzung; Verkündung; Außerkrafttreten einer vorherigen gwP-Satzung oder -Ordnung

§ 30 Inkrafttreten

Diese Ordnung tritt nach ihrer Genehmigung durch die Rektorin am Tage nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Hochschule Magdeburg-Stendal in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Ordnung der Hochschule Magdeburg-Stendal zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis und zum Umgang mit wissenschaftlichem Fehlverhalten vom 19.07.2021 veröffentlicht in den Amtlichen Bekanntmachungen Nr. 24/2021 der Hochschule Magdeburg-Stendal, außer Kraft.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Senates der Hochschule Magdeburg-Stendal vom 13.12.2023.

Magdeburg, 15.12.2023

Die Rektorin

English translation of the Regulations of Magdeburg-Stendal University of Applied Sciences for ensuring good scientific practice and specifying steps for addressing academic misconduct dated 15.12.2023, published in the Amtliche Bekanntmachungen Nr. 4/2024.

In the case of contradictions between the German and the English version of the regulations, the German version applies.

Regulations of Magdeburg-Stendal University of Applied Sciences for ensuring good scientific practice and specifying steps for addressing academic misconduct dated 15.12.2023

On the basis of §§ 54, 55 paragraph 3 and 67a paragraph 1 of the Higher Education Act of Saxony-Anhalt (HSG LSA) in the version published on 14 December 2010 (German Länder Law Gazette (GVBl.) LSA p. 600 et seq.), most recently amended on 10 January 2021 (GVBl. LSA p. 10), in conjunction with the recommendations of the German Rectors' Conference (HRK) dated 14.05.2013 and the position paper, "Recommendations on Academic Integrity" published by the German Science Council on 24 April 2015 (Drs. 4609-15) and the "Guidelines for ensuring good scientific practice" code published by the German Research Foundation dated 2 July 2019, Magdeburg-Stendal University of Applied Sciences has enacted the following regulations:

Contents

Introduction	26
Section I - Principles of good scientific practice	26
§ 1 Scope of this statute	26
§ 2 Individual principles of good scientific practice	26
§ 3 Professional ethics of scientific staff	26
§ 4 Organisational responsibility of the university management.....	27
§ 5 Responsibility of the heads of working units	28
§ 6 Evaluation of academic performance	28
§ 7 Multi-phase quality assurance	29
§ 8 Involved stakeholders, responsibilities, roles.....	29
§ 9 Research design	29
§ 10 Legal and ethical framework conditions for research	29
§ 11 Rights of use	30
§ 12 Methods and standards	30
§ 13 Documentation.....	30
§ 14 Archiving	31
§ 15 Establishing public access to research results	31
§ 16 Authorship.....	32
§ 17 Publication media	32
§ 18 Confidentiality and neutrality in the case of expert opinions and guidance	32
Section II - Ombudsman system	33

§ 19 Ombudspersons	33
§ 20 Activities of the ombudsperson.....	33
Section III - Procedures for addressing academic misconduct	34
§ 21 General principles for addressing suspected cases of academic misconduct.....	34
§ 22 Academic misconduct offences	35
§ 23 Initiation of an investigation	37
§ 24 Preliminary review	37
§ 25 Investigative committee	38
§ 26 Course of formal investigations	39
§ 27 Completion of the process	39
§ 28 Possible sanctions and measures	40
§ 29 Transitional provisions / application in the event of leaving the university.....	41
Section IV - Entry into force of this statute; announcement; annulment of a previous GSP statute or regulation.....	41
§ 30 Entry into force.....	41

Introduction

These regulations aim to ensure good scientific practice and set out steps for addressing academic misconduct. The regulations are mandatory for all professors, research assistants, doctoral students, adjunct professors, lecturers, visiting researchers and students involved in research at Magdeburg-Stendal University of Applied Sciences, as well as for external doctoral students and supervisors.

The following regulations implement the “Guidelines for ensuring good scientific practice” code published by the German Research Foundation (DFG) as amended in August 2019.

Section I - Principles of good scientific practice

§ 1 Scope of this statute

- (1) The principles of good scientific practice that must be adhered to by employees of Magdeburg-Stendal University of Applied Sciences in accordance with this statute can be found on the university’s website. In addition, all staff employed under labour legislation or tenured academic staff will also be notified of the entry into force of this statute by email.
- (2) All academics at Magdeburg-Stendal University of Applied Sciences are obliged to and responsible for ensuring that their conduct complies with the rules of good scientific practice. The regulations are therefore mandatory for all professors, research assistants, doctoral students, adjunct professors, lecturers, visiting researchers and students involved in research at the university, as well as for external doctoral students and supervisors.
- (3) The rights and obligations under labour and civil service law remain unaffected by this statute.

§ 2 Individual principles of good scientific practice

In particular, the principles of good scientific practice include:

1. working “lege artis” (by the rule of the art),
2. maintaining strict honesty regarding one’s own contributions and those of third parties,
3. consistently challenging all findings oneself and
4. allowing and fostering critical discourse in the academic community.

§ 3 Professional ethics of scientific staff

- (1) Communicating the principles of good scientific working should begin at the earliest possible stage of an individual’s scientific training (including teaching) and career path.
- (2) Scientists are responsible for protecting the fundamental values of scientific work.
- (3) Scientific staff must undergo a constant process of learning and further training in respect of good scientific practice at all stages of their career. They should exchange information about it and support one another.

§ 4 Organisational responsibility of the university management

- (4) The university management is competent and has organisational responsibility for maintaining good scientific practice at the university.
- (5) The university management establishes the framework conditions for scientific work in compliance with the rules at the university, by establishing to this end an appropriate institutional organisational structure. In this way, the university management creates the conditions for ensuring that academic staff are able to adhere to legal and ethical standards.
- (6) At the university, clear procedures and principles for the selection and development of personnel whilst substantially avoiding non-scientific influences (unconscious bias) are specified in writing through the following measures, with equality of opportunity and diversity being particularly important:
- Constitution of Magdeburg-Stendal University of Applied Sciences
 - Gender equality plan
 - Equality policy of Magdeburg-Stendal University of Applied Sciences
 - Order concerning protection from discrimination
 - Plan for the advancement of women 2022-2023
- (4) The following supervisory structures and concepts have been established for the advancement of both female and male researchers in the early stages of their careers:
- The departments and the Senate Committee for Studies and Teaching must ensure that the rules of good scientific practice in accordance with § 2 are a fixed component of students' education and, in particular with regard to the writing of final theses, that they are explained in detail.
 - The lecturers are obligated to provide adequate supervision of the students and the junior researchers assigned to them. This includes, among other things, regularly holding meetings, supervising the progress of work and explaining the rules of good scientific practice.
 - Candid career advice and possibilities for further training and mentoring for scientific and ancillary scientific staff is available. They will be put in a position to shape their careers through increasing autonomy.
 - Doctoral students at the university are obliged to apply the rules of good scientific practice within the framework of the doctoral centres "Social, Health & Economic Sciences" (pursuant to §7 of the Doctoral Degree Regulations) and "Environment & Technology" (pursuant to §9 of the Doctoral Degree Regulations) and their awareness of these is raised by optional courses.
 - Experienced academics as well as junior researchers provide mutual support in the continuous learning and training process and maintain regular dialogue on the subject.
 - In its leadership guidelines, Magdeburg-Stendal University and its members commit to a trusting and open culture of debate with clear, timely and targeted communication. Leaders are responsible in the process for the protection and welfare of the employees.

§ 5 Responsibility of the heads of working units

- (4) The head of a scientific working unit is responsible for the entirety of the unit that they lead.
- (5) The responsibility for leading a scientific working unit comprises in particular the obligation to individual supervision of the junior researchers as embedded within the master plan of the university and the advancement of the careers of scientific and ancillary scientific staff as well as for explaining the principles of academic integrity.
- (6) The cooperation in the scientific working units is constituted in such a way that the unit as a whole is able to complete its tasks, that the necessary cooperation and coordination takes place and that all members are aware of their roles, rights and obligations.
- (4) Misuse of power and the exploitation of dependent relationships is counteracted by appropriate organisational measures both at the level of the individual working units and at university management level.
- (5) Scientific staff enjoy levels of support and autonomy that are consistent with their career stage.

§ 6 Evaluation of academic performance

- (1) The evaluation of the performance of scientific employees follows a multi-dimensional approach. When determining performance and evaluation criteria for examinations, the conferral of academic degrees, for hirings and appointments and for the allocation of funding, it must be ensured that originality and quality always take precedence over quantity as the evaluation standard. The comparative evaluation of scientists may not solely rely on the number of publications as the standard of scientific achievement. The universities and funding organisations should primarily take quality rather than quantity-related criteria into account when evaluating performance. High-quality science is based on discipline-specific criteria. Alongside gaining knowledge and critically reflecting upon it, other performance dimensions should also be incorporated into the evaluation. These include, for example: a commitment to teaching, academic self-governance, public relations, knowledge and technology transfer; contributions in the interest of society as a whole may also be recognised. The scientific conduct (such as openness about findings) of the academic is also taken into account. Personal, family or health-related time off or additional time spent in education or gaining qualifications as a result, alternative career paths or comparable circumstances should also be given adequate consideration.
- (2) As a supporting measure to ensure the academic integrity of final theses (especially Bachelor's and Master's thesis and dissertations) the use of a current anti-plagiarism software solution by one of the expert assessors or an appointed service unit to check the work for plagiarism following submission is strongly recommended. The choice of software solution must take into account subject-specific requirements and current technical possibilities at the discretion of the expert assessor and/or in accordance with departmental guidelines.

§ 7 Multi-phase quality assurance

- (1) Academic staff must conduct each substep in the research process “de lege artis”. Continuous and multi-phase quality assurance must take place. Studies must be carried out taking into account the current status of the research, and in the process, in respect of research projects, a thorough assessment of the research results and an appraisal of the relevant ethical aspects must be undertaken.
- (2) The origin of the data, organisms, materials and software used in the research process must be identified by citing the original sources and the requirements applicable to subsequent use must be documented. If publicly available software is used, this must be continually and quotably documented using the source code, to the extent that this is possible and reasonable.
- (3) The type and scope of research data resulting from the research process must be described.
- (4) An essential component of quality assurance is that the results / knowledge must be presented so transparently for other scientists that forms of replication / re-analysis are guaranteed.
- (5) When scientific findings are made publicly accessible (including by other means than publications), the quality assurance mechanisms used must always be stated. If subsequently, discrepancies or errors in such findings are noted or are pointed out, these must be corrected.

§ 8 Involved stakeholders, responsibilities, roles

- (1) The roles and responsibilities of the scientists participating in a research project must be suitably specified and clear at all times.
- (2) If necessary, the roles and responsibilities must be adjusted.

§ 9 Research design

- (1) When planning a project, scientists must take the current status of research thoroughly into account and acknowledge it. As a rule, this requires careful research into already publicly accessible research output.
- (2) The university management shall ensure the necessary framework conditions for this research within the framework of its budgetary facilities.
- (3) Scientists must apply methods to prevent (even unconscious) distortions in the interpretation of findings, to the extent that this is possible and reasonable.
- (4) Scientists must check whether and to what extent gender and diversity could be significant for the research project.

§ 10 Legal and ethical framework conditions for research

- (1) Scientists must treat the freedom of research granted to them by the constitution responsibly.
- (2) The university management must ensure that the actions of the members of the university comply with the rules and must promote conformity to regulations through appropriate organisational structures. In two departments, department-specific ethics committees have already been set up, in the other departments, preparations are

currently being made to this end. In the transitional phase, the departments without their own ethics committee may have recourse - in terms of administrative assistance - to the existing ethics committees. Alongside the legal provisions currently in force, over and above this the currently applicable version of the Civil Clause applies.

- (3) Scientists must respect their rights and obligations through their conduct, and in particular those rights and obligations arising from regulatory requirements and contracts with third parties.
- (4) Scientists must obtain approvals and ethics committee votes, to the extent that this is necessary, and present them to the responsible authorities.
- (5) Scientists must at all times ensure that they are aware of the risk of misuse of research results, especially in respect of security-related research. Research results must be thoroughly assessed and the ethical implications of the research determined.

§ 11 Rights of use

- (1) Scientists must, at the earliest possible stage, reach documented agreements about the rights to the use of data and results from the research project.
- (2) In particular, those scientists who have obtained the data have a right to the use of data and results.
- (3) Those entitled to use the research data must determine whether and how third parties may access it.

§ 12 Methods and standards

- (1) Scientifically substantiated and verifiable methods must be used in the research.
- (2) When developing and using new methods, scientists must place particular importance on quality assurance and the establishment of standards.

§ 13 Documentation

- (1) Scientists must document information relevant for arriving at their research results in as transparent a manner as is required and appropriate in the subject area concerned, in order to enable the result to be verified and assessed and to enable it to be reproduced and/or re-analysed. If specific technical recommendations exist for verification and assessment, scientists must undertake the documentation process in accordance with the relevant specifications. With regard to the development of research software, the source code must be documented, to the extent that this is possible and reasonable.
- (2) It is not permitted to conduct a selection of results. Findings that support the research question being pursued and/or the hypothesis being tested, must be presented as, in the same way, must findings that cast doubt upon the research question / hypothesis; own findings must be critically reviewed. Rigorous honesty must be maintained in respect of one's own contributions and those of third parties, all results must be consistently critically scrutinized and critical discourse in the scientific community must be permitted and encouraged. The legal framework conditions of a research project also include documented agreements on the rights of use of research data and results arising from it.
- (3) If the documentation does not fulfil the requirements in accordance with paragraphs 1 and 2, the restrictions and reasons for this must be transparently set out.

- (4) Documentation and research results may not be manipulated. They must be protected from manipulation as well as possible.

§ 14 Archiving

- (1) Scientists must store research data and/or results that are made publicly accessible, as well as the underlying, central materials in an appropriately accessible and transparent manner in the institution in which they were produced, or in multi-site repositories. The standards of the department concerned and the roles and usage rights of the respective databases are authoritative. As a rule, the research data that is to be archived must be stored in the form of raw data.
- (2) Storage pursuant to paragraph 1 must be undertaken for a period of at least 10 years. In this respect too, the standards of the department concerned are authoritative. The storage period starts with the establishment of public access to the relevant data or results.
- (3) Paragraphs 1 and 2 also apply for the research software programmes used.
- (4) Where there are plausible reasons for not storing certain data or only storing it for a shorter period of time than that specified in paragraph 2, scientists must state these reasons transparently.
- (5) The management of Magdeburg-Stendal University of Applied Sciences shall ensure that the necessary infrastructure for appropriate archiving is available.

§ 15 Establishing public access to research results

- (1) In principle, scientific professionals must introduce all of their findings to the scientific discourse. Advances in scientific knowledge must be communicated in a freely accessible manner to the public in the form of publications, and in particular also through Open Access.
- (2) In individual cases there may be reasons not to make results accessible to the public. The decision regarding whether or not to make them accessible must fundamentally not depend on third parties; instead, scientists must decide under their own responsibility and taking into account the practices of the relevant specialist field, whether and where they will make their findings accessible to the public. Exceptions are permissible, in particular, where the rights of third parties are affected, there is the prospect of patent applications, the research is commissioned research or if it is security-related research.
- (3) If results are made publicly accessible, they must be described transparently and in full. This also includes making available the research data, materials and information underlying the results, the methods used and software employed, provided that this is possible and reasonable. This must be done in accordance with the so-called FAIR principles, which are: findable, accessible, interoperable, re-usable. Exceptions are permitted in the context of patent applications.
- (4) In this regard, software that has been programmed by the researcher him/herself must be made accessible by providing its source code, to the extent that this is possible and reasonable. Licensing may be required. All work processes must be set out in detail.
- (5) The researcher's own preparatory work and that of others must be fully and accurately recorded, unless exceptionally and specific to the discipline, it is possible to dispense with doing so in the case of the researcher's own, already publicly accessible findings. At the same time, the repetition of the contents of researchers' own publications must be limited to the extent necessary for understanding.

§ 16 Authorship

- (1) The author is somebody who has made a genuine, documented contribution to the content of a scientific text, data or software publication. Whether or not a genuine and documented contribution has been made depends on the subject-specific principles of scientific working and must be assessed on an individual basis.
- (2) If a contribution is not sufficient to justify authorship, then the support may be suitably recognised in footnotes, the foreword or in acknowledgements. Neither an “honorary authorship” where no adequate contribution was made, nor the derivation of an authorship solely on the basis of a management or supervisory function, is permitted.
- (3) All authors must approve the final version of the work that is to be published; they bear joint responsibility for the publication, unless expressly otherwise stated. Approval for publication may not be refused without sufficient reason. A refusal must instead be justified with verifiable criticism of the data, methods or results.
- (4) Scientists must reach agreement in good time – usually by no later than the drafting of the manuscript – as to who should be the author of the research results and also clarify as well as reach an agreement concerning the order in which the names are to appear. The agreement must be reached in accordance with transparent criteria and taking into account the conventions of each subject area.

§ 17 Publication media

- (4) The scientific quality of an article does not depend on the publication medium in which it is made publicly accessible. In particular, in addition to publications in books and specialist journals, specialist, data and software repositories as well as blogs may be considered.
- (5) Authors carefully select the publication medium taking into account its quality and visibility in the relevant field of discourse. A new publication medium should be tested for its integrity.
- (6) Anyone who takes on a publishing role should carefully choose the publication media for which they are doing this.

§ 18 Confidentiality and neutrality in the case of expert opinions and guidance

- (1) Trustworthy conduct is the foundation for the legitimacy of the process of forming a judgement.
- (2) Scientific professionals who in particular are assessing manuscripts, funding applications or the credentials of individuals are obliged to maintain strict confidentiality in this respect. They must immediately disclose all facts that could give rise to cause for concern regarding partiality to the responsible authority.
- (3) Confidentiality includes ensuring that content to which access is obtained in the context of the role is not passed to third parties and that it is not kept for the individual's own use.
- (4) Paragraphs 1 and 2 apply accordingly for members of scientific advisory and decision-making bodies.

Section II - Ombudsman system

§ 19 Ombudspersons

- (1) At Magdeburg-Stendal University of Applied Sciences, there is an ombudsperson and an equal number of deputy ombudspersons. The deputies exist in the event that there is a concern regarding the partiality of the responsible ombudsperson, or if the ombudsperson is prevented from exercising their role or if this is necessary for discipline-related reasons. The question as to whether there is a concern regarding partiality shall be assessed in accordance with § 20 Excluded persons and § 21 Concern regarding partiality of the Federal Administrative Procedure Act (VwVfG). In cases of doubt, the investigative committee shall decide in accordance with Section III.
- (2) Scientists of integrity may be appointed to the role of ombudsperson or deputy ombudsperson. The disciplines represented at the university should also be taken into account in the appointment. The ombudsperson and their deputies may not, during their period in office, be a member of the investigative committee or a governing body of Magdeburg-Stendal University of Applied Sciences. The following are governing bodies:
 - Senate
 - University management
 - Board of trustees
- (3) As neutral and qualified reference persons, the ombudsperson and their deputy are proposed as independent persons of trust from the ranks of professors at the university by the rector's office and appointed by the academic senate of the university. The names of the ombudspersons and their deputies must be announced in the university by the rector's office in the usual manner for the location.
- (4) The period of office of an ombudsperson or deputy ombudsperson is 4 years. A single re-election is permitted.
- (5) Ombudspersons and their deputies shall receive the necessary support from the leadership of the university and acceptance in the execution of their tasks. To increase the ability to function of the ombuds system, measures should be taken to reduce the burden in other areas of serving ombudspersons and their deputies.

§ 20 Activities of the ombudsperson

- (1) The ombudsperson and his/her deputy exercise their roles in accordance with § 18 independently, and in particular independently of directives or informal case-by-case interference by the university management or other university authorities. The activities of the ombudsperson are undertaken with discretion, i.e. while maintaining confidentiality.
- (2) All members and associated partners of Magdeburg-Stendal University of Applied Sciences may, in matters of good scientific practice and also suspected academic misconduct, refer to the ombudsperson or their deputy. Alternatively, members of Magdeburg-Stendal University of Applied Sciences have the option of contacting the national ombuds body, "Ombuds committee for scientific integrity in Germany".
- (3) The university management has responsibility for ensuring that the local ombudspersons and their deputies are known at Magdeburg-Stendal University of Applied Sciences. The identity and contact details of each person in office are publicised in the following ways:

- on the website
 - in senate meeting minutes
- (4) The ombudsperson and their deputy advise both whistleblowers and individuals to whom the information provided by whistleblowers refers as neutral and qualified persons of reference in matters of good scientific practice as well as in suspected cases of academic misconduct. To the extent possible, they contribute to solution-oriented conflict mediation.
 - (5) The ombudsperson and/or their deputy treat enquiries in confidence and, if necessary, refer suspected cases of academic misconduct to the responsible authority at Magdeburg-Stendal University of Applied Sciences in accordance with Section III.

Section III - Procedures for addressing academic misconduct

§ 21 General principles for addressing suspected cases of academic misconduct

- (1) All authorities at Magdeburg-Stendal University of Applied Sciences that have responsibility for investigating a suspicion of academic misconduct in their area of competence, must promote in a suitable manner the protection of both the whistleblowers and the individual concerned by the allegations (the accused). The competent authorities must be aware that conducting proceedings and subsequently the possible imposition of sanctions may represent considerable interference with the rights of the accused.
- (2) The investigation of allegations of academic misconduct must at all times be undertaken in accordance with the principles of the rule of law, fairness and with presumption of innocence. The investigation must also be confidential. Enquiries and decisions must be made irrespective of the person concerned.
- (3) Whistleblowers must report their suspicions in good faith. Whistleblowers must have objective grounds for suspecting that an individual may have contravened the standards of good scientific practice. If the whistleblower cannot verify the facts on which the suspicion is based for him/herself or if, with regard to an observed occurrence, there are uncertainties concerning the interpretation of the guidelines on good scientific practice in accordance with Section I, the whistleblower must refer to the persons mentioned in § 19 paragraphs 1 and 2 to clarify their suspicion.
- (4) The act of whistleblowing must not entail any disadvantages for either the whistleblower or the accused/affected person in terms of their own scientific or professional advancement. This applies to the person accused until misconduct has been determined and proven. In the case of individuals in the early stages of their career, the report must wherever possible not lead to delays in obtaining qualifications. The writing of final theses and doctoral dissertations should not be disadvantaged. The same applies to employment conditions and possible contract extensions.
- (5) The whistleblowing report must be treated in confidence by all involved parties, in particular to prevent the public becoming involved early in the process and to avoid possible loss of reputation. The whistleblower must also be protected if the proceedings do not prove misconduct. This shall not apply only if the accusation was made in bad faith. In the case of breaches of the principle of confidentiality, suitable sanctions must be considered by the Rector's office.
- (6) All authorities concerned with the entire proceedings must seek to conduct them as quickly as possible. They must take the necessary steps to complete each part of the proceedings within a reasonable period of time.

- (7) A reported suspicion where the whistleblower does not disclose their identity (anonymous report), will be investigated if the whistleblower submits robust and sufficiently precise facts that enable an investigation with reasonable effort.
- (8) If the identity of the whistleblower is known to the responsible authority, they will treat their identity in confidence and will as a matter of principle not divulge it to third parties without the consent of that individual. This consent must be given in writing. The name may be released without consent if there is a relevant statutory obligation. The name may exceptionally also be released if the accused person would not otherwise be able to properly defend him/herself, because such a defence would depend upon the identity of the whistleblower. Before the identity of the whistleblower is disclosed, they will be notified of the intended disclosure. This will enable them to decide whether or not to withdraw their report. Should the report be withdrawn, the name will not be disclosed, unless there is a statutory obligation to do so. The investigation may nevertheless be continued, if on balance it is considered that such an investigation is in the interest of academic integrity in Germany or the legitimate interest of Magdeburg-Stendal University of Applied Sciences.
- (9) The confidentiality of the proceedings will be limited if the whistleblower takes their suspicion into the public domain. The authority responsible for the investigation shall decide on a case-by-case basis at its reasonable discretion how the breach of confidentiality by the whistleblower should be dealt with.

§ 22 Academic misconduct offences

- (1) Academic misconduct is deemed to have occurred if an individual conducting academic research at Magdeburg-Stendal University of Applied Sciences intentionally or through gross negligence makes false statements in a scientifically relevant context, appropriates others' scientific achievements for themselves without authorisation, or compromises the work of others. The special circumstances in accordance with paragraphs 5 to 8 remain unaffected.
- (2) False statements include
 - a) the invention of scientifically important data or research results,
 - b) the falsification of scientifically important data or research results, especially by suppressing or removing data or results obtained in the research process, without disclosing this, or by falsifying a representation or illustration,
 - c) the incongruous representation of an image and associated statement,
 - d) inaccurate scientific information in a funding application or in the context of a reporting requirement
 - e) claiming authorship or co-authorship with another person without their consent.
- (3) Unauthorised appropriation of another person's scientific achievements is deemed to have occurred in the following cases:
 - a) unacknowledged use of content from third parties without the due source citation ("plagiarism"),
 - b) unauthorised use of research approaches, research results and scientific ideas ("theft of ideas"),
 - c) unauthorised disclosure of scientific data, theories and findings to third parties,

- d) presumption or unfounded acceptance of authorship or co-authorship of a scientific publication, especially if no genuine, traceable contribution to the scientific content of the publication was made,
 - e) falsification of scientific content,
 - f) unauthorised publication or making accessible to third parties without authorisation, if the scientific work, findings, hypothesis, theory or research approach have not yet been published,
 - g) arbitrary delay to a publication, especially as the publisher.
- (4) In particular, the following cases constitute interference with a research activity:
- a) sabotage of research activity (including the damaging, destruction or manipulation of experimental set-ups, equipment, documentation, hardware, software, chemicals or other things required by others for research purposes),
 - b) falsification or unauthorised disposal of research data or research documents,
 - c) falsification or unauthorised disposal of the documentation of research data.
- (5) In the case of intent or gross negligence, academic misconduct on the part of scientists working at Magdeburg-Stendal University of Applied Sciences also arises from
- a) the co-authorship of a publication that contains false statements or the scientific achievements of others appropriated without permission,
 - b) the disregard for supervisory duties, if another person has objectively committed the offence of scientific misconduct as defined by paragraphs 1 to 4 and this could have been prevented or substantially hampered by the necessary and reasonable supervision.
- (6) Furthermore, academic misconduct also arises from the intentional participation (in terms of incitement or aiding and abetting) in intentional, in accordance with these regulations, illicit misconduct on the part of others.
- (7) Academic misconduct by an individual providing an expert opinion or a committee member at Magdeburg-Stendal University of Applied Sciences is also deemed to have occurred if they have intentionally or through gross negligence
- a) exploited scientific data, theories or findings, of which they have become aware within the context of their activities as an expert reviewer or committee member, for their own scientific purposes without authorisation,
 - b) within the context of their activities as an expert reviewer or committee member in breach of the confidentiality of the proceedings, divulged data, theories or findings to third parties without authorisation,
 - c) within the context of their activities as an expert reviewer or committee member not disclosed facts or circumstances that might give rise to a concern about impartiality to the responsible authority.
- (8) Academic misconduct is also deemed to have occurred if an expert reviewer or committee member from Magdeburg-Stendal University of Applied Sciences knowingly fails to disclose facts in the course of his/her activities which reveal academic misconduct on the part of another person as defined by paragraphs 1 to 5 with the intention of gaining an advantage for him/herself or another person.

§ 23 Initiation of an investigation

- (1) Whistleblowers should approach the ombudsman or their deputy to report a suspicion in accordance with § 19. The report should be made in text form. It may be made verbally; in this case, the authority to whom the report is made must make a written record of it. If a whistleblower approaches a member of the investigative committee directly with their suspicion, said member must pass on the report to the competent ombudsperson.
- (2) Where there is a concern of impartiality on the part of the ombudsperson in their role in the proceedings pursuant to Section III, notwithstanding § 18 paragraph 1 of this statute, §§ 22 et seq. of the Code of Criminal Procedure apply accordingly. The investigative committee shall rule upon this in accordance with § 24 of this statute.
- (3) The ombudsperson or their deputy shall check in confidence whether there is sufficiently substantiated evidence to suggest that an individual has committed an offence in an actionable way pursuant to § 21. The ombudsperson may conduct preliminary investigations in this connection; § 23 paragraph 2 applies accordingly in this respect.
- (4) If the ombudsperson concludes that sufficiently substantiated suspicious facts exist in accordance with paragraph 3, they may initiate a preliminary review.

§ 24 Preliminary review

- (1) Within the framework of the preliminary review, the ombudsperson must request the accused person to immediately comment in writing upon the accusation. They must provide the accused person with the incriminating facts and evidence in this connection. A time limit must be set for the accused person to comment; this must generally amount to two weeks. The time limit may be extended. The statement from the accused person must be provided in written or text form. Accused persons are not obliged to incriminate themselves.
- (2) Within the framework of the preliminary review, the ombudsperson may carry out the investigations necessary for clarifying the facts, provided that these are permitted by virtue of higher-ranking legislation. They may, for example, request, obtain and view documents, obtain and view other pieces of evidence or - if necessary - seek external expert opinions. All persons involved must be requested to treat the proceedings in confidence.
- (3) The files must show which steps have been taken to clarify the facts of the matter.
- (4) Upon completion of the relevant investigations and following evaluation of all relevant evidence including the statement of the accused individual, the responsible ombudsperson will come to a decision within two weeks of the further course of action. The decision shall depend upon whether, based on the facts, a determination of academic misconduct by the investigative committee seems more probable than a halt being brought to the proceedings (reasonable suspicion). If there is no reasonable suspicion of actionable academic misconduct, the ombudsperson shall bring the proceedings to a halt. In the event that there is reasonable suspicion, the ombudsperson shall convert the preliminary investigation into a formal enquiry, which will be led by the investigative committee.
- (5) In the event of the proceedings being brought to a halt, the decision will initially be communicated in writing to the whistleblower. The essential grounds that have led to the decision must be stated. The whistleblower will be granted a right to protest against the decision within a time limit of two weeks. In the event that a timely protest is received, the decision that has been made will be re-examined.

- (6) If the time limit for the protest elapses without a protest being received or if the protest does not result in a change to the decision, the decision to bring the proceedings to a halt and the essential grounds for that decision will be communicated in writing to the accused person.
- (7) If the proceedings are converted into a formal enquiry, this decision will be communicated in writing to both the whistleblower and the accused. If the accused person has disputed the accusation, the reasons for it not being possible to refute the allegation must be briefly set out.

§ 25 Investigative committee

- (1) An ad-hoc committee exists at Magdeburg-Stendal University of Applied Sciences to carry out formal investigations, which differentiates between misconduct by students and misconduct by researchers / lecturers.
- (2) The investigative committee for the verification of allegations of academic misconduct by professors, research assistants, lecturers and of doctoral students and cooperative doctoral candidates is composed of the interdisciplinary members of the Committee for Research, Development and Technology Transfer. The committee is composed of a leader, six voting representatives and their deputies. The chair of the committee is held by the Prorector for Research, Development and Transfer. The chairperson runs the business of the investigative committee and during the meetings is responsible for enforcing house rules and maintaining order. The investigative committee chooses a person to be the deputy chairperson from among their ranks. At least 4 members of the investigative committee must be full professors at Magdeburg-Stendal University of Applied Sciences. The ombudspersons are co-opted in an advisory capacity and may not vote.
- (3) The investigative committee for the formal investigation of the allegations of academic misconduct by students is made up of the relevant board of examiners / the Dean of Students and if necessary by the members of the Committee for Studies and Teaching; the ombudsperson or their deputy may be requested.
- (4) The voting members of the committee and their deputies are appointed by the university management following election by the university senate. Their period of office is 4 years; it is possible to be re-elected. In individual cases, the investigative committee may also call upon up to two non-voting expert reviewers from the field of the academic issue to be assessed in an advisory capacity.
- (5) In the event of a concern of impartiality or if a member of the committee is prevented from carrying out their role over a longer period of time, a substitute shall be appointed to the committee. With regard to a concern of impartiality, §§ 22 et seq. of the Code of Criminal Procedure apply accordingly. Concerns of impartiality may be raised by all voting committee members, by ombudspersons of the university or by the accused person(s). The committee, excluding the person against whom the concern of impartiality has been raised, will adjudicate on the matter. Procedural steps that cannot be delayed may continue to be undertaken.
- (6) All voting committee members have the same voting right; the chairperson also has the right to vote. Resolutions are passed by a simple majority; in the event that a vote is tied, the chairperson shall have the deciding vote. The committee is only quorate if at least 4 people are present and able to cast a valid vote.
- (7) The members of the committee and their deputies must exercise their activities independently, and in particular independently of directives or informal case-by-case

interference by the university management or other university authorities. Their actions must be undertaken with discretion, i.e. whilst maintaining confidentiality.

- (8) The investigative committee works confidentially and meets behind closed doors.
- (9) The current make-up of the research committee responsible for investigations can be found on the website of the Committee for Research, Development and Transfer and/or the Committee for Studies and Teaching.

§ 26 Course of formal investigations

- (1) The investigative committee must arrange a date for meeting within four weeks. The accused person shall be given the opportunity in a timely manner in advance of the meeting to make representations regarding the allegations either verbally before the committee (official hearing) or in writing. § 23 paragraph 1 clause 6 applies accordingly. The whistleblower will also be given the opportunity to make further representations. If the accused person chooses not to make any further statement, this alone may not be considered to be to their detriment. A decision must then be made on the basis of the documents presented.
- (2) At its reasonable discretion, the committee may request an oral hearing with additional persons whose statements it views as being useful for the proceedings. In regard to possible rights to refuse to award a degree, the provisions of the Code of Criminal Procedure apply accordingly.
- (3) Every person who appears before the committee may call upon a person whom they trust as counsel. The committee must be notified in good time.
- (4) The investigative committee shall verify in accordance with the traditional rules of free appraisal of evidence, whether academic misconduct has been proven to their satisfaction. Academic misconduct may only be determined if a majority decision has been reached to this effect within the committee. The deliberations shall be subject to secrecy. This does not affect the committee's authority to discontinue the proceedings due to a lack of adequate suspicion or in the case of less serious misconduct due to its insignificance. In the event of a cessation of the proceedings, no protest may be lodged by the whistleblower.
- (5) With regard to any disclosure of the identity of the whistleblower, § 20 paragraphs 8 and 9 apply accordingly.
- (6) In the case of suspected breaches of disciplinary/labour law, it must be examined whether a suspension of the proceedings should be considered.
- (7) The investigative committee must submit to the university management in a timely manner a final investigative report, which must also contain the committee's proposed sanctions. The key foundations of the committee's decision must be communicated.
- (8) The documents of the formal investigation must be retained by the university for 30 years.

§ 27 Completion of the process

- (1) The university management shall decide at its reasonable discretion if the accused person has been determined to have committed academic misconduct and whether, and if so, which sanctions and measures should be imposed upon them. If the revocation of an academic degree comes under consideration, the authorities responsible for doing so must be included in the decision.

- (2) The decision and the essential reasons for it will be communicated to the whistleblower and the accused person following the meeting. The parties are only entitled to the legal remedies against the decision provided for by the law.
- (3) The decision will, furthermore, also be communicated to any concerned scientific organisations and third parties, who have a legitimate interest in it. Whether and in which way this is to be done shall be decided by the university management at its reasonable discretion. It will also decide whether and in what manner the public is to be informed. Notices pursuant to this paragraph may be provided with an explanation.
- (4) If the revocation of an academic degree comes under consideration, the authorities responsible for doing so must be included in the decision.

§ 28 Possible sanctions and measures

- (1) If the university management considers that academic misconduct has been proven, in keeping with the principle of proportionality, it may, individually or cumulatively among other things, impose the following sanctions and/or implement the following measures:
 - a) request to the accused person to withdraw or correct incriminated publications or to refrain from publishing incriminated manuscripts,
 - b) withdrawal of funding and/or from funding agreements, if the decision was made by the university or the agreement was made with the university; where relevant this may include a request to repay funds,
 - c) exclusion from acting as an expert assessor or committee member at the university for a period of up to four years,
 - d) against employees of the university: written warning in compliance with labour legislation, ordinary termination, termination of contract, extraordinary termination,
 - e) against civil servants at the university: initiation of disciplinary proceedings in accordance with civil service law with the measures provided for by it, including temporary measures,
 - f) criminal complaint to the police or the public prosecutor's office,
 - g) reporting of an administrative offence to the responsible authority,
 - h) enforcing of claims under civil law – including by way of interim legal protection –, in particular for compensation, surrender of monies or removal/order to cease and desist,
 - i) enforcing of any claims under public law, including by way of interim legal protection,
 - j) initiation of proceedings to withdraw an academic degree or recommendation to initiate such proceedings.
- (2) Other sanctions and measures than those set out in paragraph 1 may only be imposed if they are proportionate in consideration of the legal and legitimate interests of the accused person.
- (3) Measures set out in paragraph 1 are not unlawful because they were not stated in the letter pursuant to § 26 paragraph 3.

§ 29 Transitional provisions / application in the event of leaving the university

- (1) The academic misconduct offences pursuant to § 21 only apply to acts that were committed when this statute was already in force.
- (2) The rules of procedure in this section only apply for whistleblower reports that were received from the date of entry into force of this statute. Any preliminary investigations, examinations and investigative proceedings that were already underway upon entry into force of this statute will be completed in accordance with the previously applicable rules of procedure.
- (3) An offence may be pursued if the accused person is no longer involved in scientific research at Magdeburg-Stendal University of Applied Sciences but was involved in scientific research there at the time of the offence.

Section IV - Entry into force of this statute; announcement; annulment of a previous GSP statute or regulation

§ 30 Entry into force

Following approval by the Rector, these regulations will take effect the day after their university-wide announcement in the Official Notices of Magdeburg-Stendal University of Applied Sciences.

At the same time, the Regulations of Magdeburg-Stendal University of Applied Sciences for ensuring good scientific practice and addressing academic misconduct dated 19.07.2021, published in the Official Notices no. 24/2021 of Magdeburg-Stendal University of Applied Sciences shall cease to apply.

Issued pursuant to the resolution of the Senate of Magdeburg-Stendal University of Applied Sciences dated 13.12.2023.

Magdeburg, 15.12.2023

The Rector